

Das „Projekt Widerstand“ im NS-DOK

Mitgliederversammlung des Verein EL-DE-Haus, 29.10.2024

Einführung

Am Anfang stand, wie so häufig in den letzten Jahrzehnten, der Verein. Im Jahresbericht des NS-DOK für 2007 konnte man lesen, dass beim Verein EL-DE-Haus nicht nur eine Stelle für den wissenschaftlichen Mitarbeiter Ulrich Eumann eingerichtet worden sei, berichtet wurde auch von einem von ihm betreuten Forschungsprojekt des NS-DOK über „Widerstand der Arbeiterbewegung 1933-1945 in Köln“. Mit Begründungen für dieses Projekt hielt sich der kurze Abschnitt des damals noch recht kurzen Jahresberichts nicht weiter auf. Man darf aber annehmen, dass dabei neben Ulrich Eumanns Interessen und historischer Expertise auch ein Forschungsdesiderat eine wichtige Rolle spielte.

Anlage des Projekts

Es gab damals in Köln bereits ein recht festgefügt, gewissermaßen institutionalisiertes Bild vom örtlichen Widerstand gegen das NS-Regime. Es war vor allem geprägt von den Ergebnissen des wegweisenden Ausstellungsprojekts von 1974 „Widerstand und Verfolgung“, von einem einschlägigen Aufsatz Wilfried Viebahns und Walter Kuchtas über den „Widerstand gegen die Nazidiktatur“, der auf der jahrelang betriebenen Geschichtsarbeit der VVN beruhte, sowie dem Anfang der 1990er-Jahre durchgeführten Projekt „Gegen den braunen Strom“. Hinzu kamen einige Arbeiten zur Parteiengeschichte, zu kirchlichen Akteuren, eine Hand voll Erinnerungsschriften und die damals noch einigermaßen überschaubare Literatur zum Thema „Edelweißpiraten“.

Diese früheren, oft aus den 1970er- und 1980er-Jahren stammenden Arbeiten hatten bereits wesentliches Ergebnisse geliefert und sind auch heute noch in Vielem gültig. Dennoch war unverkennbar, dass die Bearbeitung des Themas auf halber Strecke stehen geblieben war. Etliche der – trotz aller Vernichtungsaktionen – erhalten gebliebenen Quellen waren bislang

ungenutzt; es galt neuere Entwicklungen und Erkenntnisse der seit den 1990er-Jahren sich dynamisch entwickelnden NS-Forschung zu berücksichtigen und Aspekte in den Blick zu nehmen, die in den 1970er- und 1980er-Jahren noch eher randständig gewesen waren. Jüngere Forschungen zu Funktionsweisen und Feindbildern von Gestapo und Justiz, Denunziationsverhalten und Bevölkerungsstimmung waren einzubeziehen; der Bedeutung von Zwangsarbeiter*innen in der Kriegsgesellschaft war ebenso Aufmerksamkeit zu schenken wie den lange unbeachteten Hilfsaktionen für verfolgte Jüdinnen und Juden.

Das Kölner Forschungsprojekt, das 2007 noch unter dem Titel „Arbeiterwiderstand“ angetreten war, entwickelte unter Leitung Werner Jungs denn auch rasch einen sehr viel weitergehenden Anspruch. Bereits im Jahresbericht 2008 firmierte es unter „Opposition und Widerstand in Köln 1933-1945“, später hieß es „Selbstbehauptung, Verweigerung, Widerstand“ oder auch „Widerstand, Opposition und Verweigerung“, da gerade die vielen kleineren Formen von Dissens oder punktueller Kritik kaum zutreffend mit den normativ stark aufgeladenen Begriffen „Widerstand“ oder „Opposition“ zu fassen waren.

Auf dem Kolloquium des NS-DOK im Jahr 2011 formulierten Ulrich Eumann und Werner Jung den Anspruch, man wolle eine „integrierte Gesamtgeschichte politisch abweichenden Verhaltens“ während des NS-Regimes in Köln vorlegen.

Für diese Geschichte sollte 1. das gesamte Spektrum politischen Widerspruchs vom organisierten Umsturzversuch bis zur einmaligen Unmutsäußerung erfasst werden.

2. Sollten die bisher nicht berücksichtigten Quellen möglichst umfassend ausgewertet werden, das waren etwa die zahlreichen im NS-DOK archivierten Zeitzeug*inneninterviews, die erst seit kurzer Zeit zugänglichen Wiedergutmachungsakten, die Unterlagen von Reichsjustizministerium und Volksgerichtshof im Berliner Bundesarchiv und nicht zuletzt die Massenakten der Generalstaatsanwaltschaft Hamm wie der Staatsanwaltschaft Köln.

3. Ging es darum, das Quellenmaterial auch aus neuen Blickwinkeln zu betrachten, mit sozialhistorischem Interesse, mit kulturgeschichtlichen Ansätzen, mit den Methoden der Netzwerkanalyse, die Ulrich Eumann als besonders geeignet ansah, um die – auch für Gestapo und Justiz – oft unübersichtlichen Organisationen und sozialen Verbindungen der kommunistischen Bewegung zu entschlüsseln.

Das Projekt war in wissenschaftlicher Hinsicht eher antizyklisch angelegt. Zwar stellte der „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ in der geschichtsinteressierten Öffentlichkeit damals immer noch ein wichtiges Thema dar. Die universitäre Forschung hatte sich von dem

einstigen Schwerpunkt aber erkennbar ab- und anderen Fragestellungen zugewandt. Gerade deshalb jedoch, so seinerzeit Werner Jungs Argumentation, sei das NS-DOK als Ort der Forschung in der Pflicht.

Neben dem Anspruch, etwa 40 Jahre nach der Ausstellung „Widerstand und Verfolgung“ endlich eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung vorzulegen, zielte das Projekt auch auf die regionale Erinnerungskultur.

Zum einen ging es um eine nochmalige Würdigung politischer Gegnerschaft gegen das NS-Regime, jedoch ohne jene Heroisierung und hagiografischen Tendenzen, die in den Nachkriegsjahrzehnten entstanden waren. Zum anderen war die Hoffnung, mit dem Projekt einen Beitrag zur historischen Selbstreflexion der Kölner Stadtgesellschaft zu leisten, dem auch hier immer noch spürbaren Hang zur Verklärung und dem speziell ausgeprägten Kölner „Widerstandsmythos“ zu begegnen. Insofern sollten nicht nur Akte von Widerständigkeit aufgezeigt werden, sondern auch Anpassungs- und Unterwerfungsprozesse, die Verbindung von vereinzeltem Widerspruch und grundsätzlicher Zustimmung, die Übergangszonen zwischen Gegnerschaft und Einverständnis. Die Untersuchung der wenigen, die offen Einspruch gegen die NS-Herrschaft erhoben hatten, sollte auch den Blick schärfen für Konformismus und Regimetreue der Mehrheitsbevölkerung.

Projektverlauf

Zu Beginn des Projekts ging man von einer Laufzeit von wenigen Jahren aus. Dabei war das Vorhaben von vornherein als Teamarbeit gedacht: Neben Ulrich Eumann als zentral für das Projekt zuständigen Forscher sollten auch die anderen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen mit ihren jeweiligen Kenntnissen und Forschungserfahrungen Beiträge leisten, Karola Fings, Martin Rüter, Werner Jung, zu Beginn auch Jürgen Müller oder Barbara Becker-Jákli. Dass das Projekt dann etwas längere Zeit beanspruchte, hat wohl mehrere Gründe.

- Zum einen gab es vor allem zu Beginn starke Beschränkungen beim Quellenzugang und der Beschaffung von Aktenreproduktionen – eine Situation, die uns heute kaum mehr vorstellbar erscheint, nachdem Schutzfristen oft abgelaufen sind, die Archive ihre Services wesentlich ausgebaut haben und viele Akten auch via Digitalisierung leicht erreichbar sind.

- Zum zweiten erwies sich die Quellsituation als herausfordernd. Auf der einen Seite klafften große Lücken, nicht zuletzt in der Überlieferung der Gestapo; auf der anderen Seite hatte man es, besonders von Seiten der NS-Justiz mit einem schwierig zu handhabenden Materialfülle zu tun. Anstelle der ursprünglich angestrebten Vollerhebung der Kölner Justizakten mussten gezielte Stichproben gezogen werden. Aber auch so war der Arbeitsaufwand aber beträchtlich: aus den Beständen der für „Hochverrat“ und andere politische Delikte zuständigen Staatsanwaltschaften Hamm und Köln wurden knapp 2.000 Akten* gesichtet und ausgewertet.

- Drittens zeigte sich, dass die unterschiedlichen und vielfältigen Aktivitäten des NS-DOK, allein schon die im Tagesgeschäft entstehenden Anforderungen eine kontinuierliche und systematische Forschung erschweren. Die Zeit für wissenschaftliche Arbeit musste (und muss) bei manchen Kolleg*innen gewissermaßen tageweise „erkämpft“ oder durch Freistellung von anderen Aufgaben geschaffen werden.

- Wie nicht selten bei groß angelegten Forschungsvorhaben, entstanden, 4., auch beim Widerstandsprojekt Verzweigungen und Seitenprojekte, hier vor allem die von Ulrich Eumann initiierten Bände über Erich Sander und die von ihm überlieferten Gefängnisbriefe.

- Und schließlich ging der Tod zweier geschätzter Mitarbeiter, Jürgen Müllers 2019 und Ulrich Eumanns 2021, nicht spurlos an dem Vorhaben vorbei. Uli, der eine wesentliche Rolle bei der Verschriftlichung der Forschungsergebnisse spielte, konnte manche seiner Ausarbeitungen nur als Skizze hinterlassen und selbst seine großangelegte Untersuchung zur kommunistischen Bewegung nicht ganz fertig stellen, so dass die entsprechenden Beiträge noch überarbeitet werden mussten und nun teilweise in Co-Autorschaft erscheinen.

Das Projekt hat so mehrere Phasen durchlaufen. Während sich die Arbeit unter Ulrich Eumann anfangs vor allem auf die Aktivitäten der linken Arbeiterbewegung konzentrierte, wurde der Blick seit Mitte der 2010er-Jahre auf andere Gruppen und Formen politischen Widerspruchs ausgeweitet: Geistliche der katholischen und evangelischen Kirche, die Zeuginnen und Zeugen Jehovas, die Jugendlichen, Zwangsarbeiter*innen und Deserteure, die verfolgte jüdische Bevölkerung, diejenigen, die wegen „Heimtücke“, „Rundfunkverbrechen“ oder „Wehrkraftzersetzung“ erfasst und abgeurteilt wurden. 2018 entstand eine regelmäßig tagende Widerstandsrunde, in der entstandene Texte diskutiert und offene Fragen markiert

* Schätzung aufgrund der entstandenen Datenbankeinträge im NS-DOK.

wurden. Anfang der 2020er-Jahre begann dann die, auch aufgrund von Personalfluktuation, länger gestreckte Publikationsphase.

Die Planungen des Projektleiters Werner Jung hatten anfangs einen durchaus voluminösen Einzelband, gewissermaßen eine durchkomponierte Synthese vorgesehen. Dass daraus nach und nach eine voraussichtlich fünfbändige Ausgabe mit schätzungsweise 3.200 Druckseiten geworden ist, liegt nicht nur an den Eigenarten mancher am Projekt beteiligter Autoren. Es hat auch mit dem schließlich entstandenen Anspruch zu tun, die Themen möglichst gründlich und differenziert zu bearbeiten und nicht bei einer impressionistischen, ausschnitthaften Darstellung stehen zu bleiben. Oft hat Widerstandsgeschichtsschreibung eher exemplarisch gearbeitet, anhand von Fallbeispielen oder ausgewählten Personen die Voraussetzungen und Facetten von Widerspruch und Verweigerung ausgeleuchtet. Oft ist sie dadurch selektiv geblieben, auf bestimmte Gruppen oder einzelne Akteure beschränkt. Beim Kölner Projekt wurde versucht, das gesamte Terrain politisch abweichenden Verhaltens zu vermessen.

Projektergebnisse

Am Ende des Projekts steht nun also weniger eine konzis erarbeitete Synthese, sondern eine Reihe von Monografien. Das heißt auch, dass die Autor*innen von einem gemeinsamen Diskussionshorizont ausgehen, ihr Thema aber inhaltlich und methodisch durchaus unterschiedlich entwickeln und auch in der Begrifflichkeit, in der Frage, was „Widerstand“ war, wie wir die Einsprüche gegen das NS-Regime zu bezeichnen und zu bewerten haben, unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Die Reihe der Publikationen wird beginnen mit Martin Rütters Studie zur Sozialdemokratie und den linken (sozialistischen) Zwischengruppen, gefolgt von einem Sammelband von Ulrich Eumann und mir zur kommunistischen Bewegung und einer dritten Veröffentlichung, die die christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften in den Blick nimmt. Ein vierter Band wird Martin Rütters Ausarbeitungen zu Rettungswiderstand und jüdischer Selbsthilfe sowie Karola Fings' Überlegungen zu Zwangsarbeiter*innen präsentieren, zum Abschluss geht es um die Rolle von Jugendverbänden und informellen Jugendgruppen, die Motivlagen und Verhaltensweisen von „Fahnenflüchtigen“ sowie Unmutsäußerungen und unorganisierten Widerspruch aus den Reihen der Bevölkerung.

Nun sollte man sich keine Illusionen machen über die Reichweite dieser sperrigen Publikation. Die Zahl der gründlicheren Leser*innen wird überschaubar sein. Doch werden dies, so

ist zu hoffen, nicht die einzigen Adressat*innen sein. Die Widerstandsreihe soll und muss nicht von vorne bis hinten durchgelesen werden, sondern kann in gewisser Weise als Nachschlagewerk dienen, das nicht nur über bestimmte Gruppen und Einzelpersonen informiert, sondern grundlegende Aspekte und Probleme des „Widerstands“, der NS-Herrschaft in Köln und der Verhaltensgeschichte im NS-Regime behandelt. Es kann als Fundament dienen, von dem aus weitere Fragestellungen und Untersuchungen entwickelt werden können, das aber auch die Erinnerungs- und Bildungsarbeit stützt, Anregungen gibt für lokale Gedenkinitiativen, Stolpersteinverlegungen etc. Auch die zahlreichen Aktenreproduktionen und Datenbankeinträge, die im Laufe der letzten Jahre entstanden sind, sind nicht tote Sammlungsmasse. Sie kommen der Beratung geschichtsinteressierter Bürger*innen zugute, helfen Anfragen zu beantworten und erleichtern den Austausch mit Angehörigen von Verfolgten. Darüber hinaus werden die für das Widerstandsprojekt gesammelten Informationen auch anderen Projekten des Hauses zugutekommen, nicht zuletzt haben sie unsere Recherchen zur Kölner Gestapo entscheidend weitergebracht.

Wenn ich jetzt gefragt würde, welche neuen Erkenntnisse sich aus den jahrelangen Forschungen ergeben, dann würde ich zurückhaltend antworten. Wer sich mit dem Thema bereits eingehender beschäftigt hat, wird auf viel grundsätzlich Bekanntes stoßen. Die Vorstellung, man könnte mit dem richtigen Blick und innovativer Methodik noch etwas grundstürzend Neues zur nationalsozialistischen Herrschaft erarbeiten, erscheint angesichts des Umfangs und der Auffächerung der NS-Forschung allerdings auch vermessen. Die Erträge des Kölner Projekts liegen meines Erachtens vor allem in der dichten und differenzierten Rekonstruktion von politischem Widerspruch gegen das NS-Regime, in der Korrektur vereinfachender Bilder, in der Gewichtung der verschiedenen Gruppen und Aktivitäten; im Blick auf die politischen, kulturellen, sozialen Voraussetzungen für Opposition und Dissens, auf die konkreten Wirkungen der Verfolgung auf regimiekritische Milieus und Akteure, auf die Dynamik der NS-Herrschaft und die Prozesse von Aufbegehren und Anpassung.

Um nur einige Punkte herauszugreifen: Ulrich Eumann kann durch seine Forschungen zur KPD und deren Nebenorganisationen auf der einen Seite zeigen, wie stark der kommunistische Widerstand gesteuert und hierarchisch strukturiert war. Er betont gegen das in der Forschung verbreitete Bild eines straff top-down geführten Apparates jedoch auch die lokale Initiative, die Kontakte und eingespielten Verbindungen in den Stadtvierteln, die Bedeutung

örtlicher Aktivisten, die Verantwortung übernahmen, wenn die von der KPD-Führung eingesetzten Funktionäre orientierungslos oder ausgeschaltet waren. Sein Beitrag führt die Bedeutung der kommunistischen Mobilisierungs-, Agitations- und Aufklärungsarbeit vor Augen – die Zahl der in Köln und Umland beschlagnahmten Exemplare illegaler Flugschriften beträgt nach seinen Schätzungen mindestens 135.000. Seine Geschichte der kommunistischen Bewegung macht aber auch die Wucht nationalsozialistischer Verfolgung deutlich, die kaum eine Initiative länger als wenige Monate unbehelligt ließ, nicht nur über 1.000 Kommunist*innen in Gefängnisse und Lager brachte, sondern viele an den Rändern des kommunistischen Milieus dazu zwang, still zu halten.

Demgegenüber scheint die Kölner Sozialdemokratie, wie Martin Rütter zeigt, von der Kölner Gestapo weniger ernst genommen worden zu sein. Während die örtliche Staatspolizei ihre Machtmittel zunächst auf die Kommunist*innen konzentrierte, wurden sozialdemokratische oder sozialistische Gruppen in der Stadt oft erst durch Hinweise anderer Staatspolizeistellen aufgedeckt. Martin Rütter stellt unserem stilisierten Bild vom sozialdemokratischen Kölner Widerstand, das oft um die Gruppe Schirmmacher/Bott/Hamacher kreist, die Aktivitäten anderer, bisher weniger bekannter Kölner entgegen, die auf eigene Faust und auch gegen die Vorgaben der im Exil sitzenden Parteiführung tätig wurden. Er zeigt einen „Widerstand“, der weniger lokal verdichtet war als der kommunistische, sondern oft auf losen überregionalen Verbindungen beruhte. Und er weist immer wieder auf Diskussionsprozesse und Dilemmata der Untergrundarbeit hin: Welches Risiko sollte man in Kauf nehmen, und ab wann war der Selbsterhalt wichtiger als die politische Arbeit? Sollten illegale Schriften vor allem die eigenen Leute informieren und schulen oder wollte man eine Art „Gegenöffentlichkeit“ zur NS-Propaganda schaffen?

Solche Fragen wurden auch in den christlichen Kirchen verhandelt, wenn auch unter anderen Voraussetzungen. Zum einen, weil viele Geistliche, auch in der katholischen Kirche, etliche weltanschauliche Übereinstimmungen mit dem neuen Regime sahen, zum anderen, weil sie von einer anderen Position aus agierten. Gestapo und Justiz verfolgten einerseits einen klaren Kurs der „Entkonfessionalisierung“, waren aber andererseits bemüht, den Unmut in der überwiegend katholisch geprägten Kölner Bevölkerung nicht zu groß werden zu lassen. Um religiös bedingten Widerspruch gegen die NS-Weltanschauung zu unterdrücken, setzte man deswegen weit mehr auf Verhandlungslösungen und Absprachen mit der Kirchenführung, auf Drohung und Disziplinierung anstelle von harter Abschreckung und Ausschließung.

Wo Verwarnungen, Ordnungsgelder, Ortsverweise oder Predigtverbote ausreichten, konnte man auf weiterreichende Sanktionen verzichten – es waren letztlich nur rund ein Dutzend Geistliche aus Köln und dem Umland, die in den Jahren 1933-45 zu Gefängnis verurteilt oder ins Lager deportiert wurden. Insofern wird das über Jahrzehnte gepflegte Bild katholischen Widerstands ebenso relativiert wie ein v.a. von Dietrich Bonhoeffer bestimmtes Bild der Bekennenden Kirche. Dauerhafter öffentlicher Widerspruch blieb die Sache von Einzelnen, Geistlichen, die sich bereits vor 1933 gesellschaftspolitisch zu Wort gemeldet hatten, sich in besonderem Maße für die katholische Jugenderziehung engagierten oder der Unabhängigkeit „christlicher Lehre“ verpflichtet sahen.

Die kleine Gruppe der Zeuginnen und Zeugen Jehovas setzt sich hiervon in gewisser Weise ab. Zwar stimmten sie mit den Kirchen insofern überein, als es ihnen um christliche Selbstbehauptung, nicht um politische Opposition ging. Die illegale Arbeit der „Bibelforscher“, die in ihren Formen der linken Arbeiterbewegung glich, ihre öffentlichen Protestaktionen, das Unterlaufen grundlegender Normen der „Volksgemeinschaft“ – Hitlergruß, Wahlpflicht, Wehrpflicht – und der Verzicht auf taktische Zugeständnisse gegenüber den Verfolgungsinstanzen setzte sie jedoch deutlich schärferen Sanktionen aus als die Vertreter der Kirchen. Auch hier bewahrt eine genauere Aktenanalyse jedoch vor Idealisierung und pauschalen Urteilen: So führte der Verfolgungsdruck auch bei einzelnen „Bibelforscher*innen“ zu Anpassung, Resignation, Rückzug, Kooperation und Kollaboration.

Gleichwohl zeigt der Vergleich verschiedener Akteure, wie stark das Feld von „Widerstand und Verfolgung“ durch stimmungspolitische Überlegungen und übergreifende Feindbilder strukturiert war. Öffentliche Kritik oder das Infragestellen politischer Glaubenssätze konnten sehr unterschiedliche Reaktionen hervorrufen, je nachdem, welcher gesellschaftlichen Gruppe man zugerechnet wurde. Dies streicht auch Karola Fings in ihrem Beitrag zu Zwangsarbeiter*innen heraus. Zwar widmet sie sich Aktionen, die man klassischerweise als „Widerstand“ bezeichnen könnte wie die Aktivitäten der „Polnischen Heimatarmee“. Sie würdigt aber auch andere Verhaltensweisen, die die rassistische Logik des Regimes herausforderten und mit zunehmendem Kriegsverlauf gerade für osteuropäische „Fremdarbeiter“ immer risikoreicher wurden: kleinere Sabotageaktionen und Streiks, Arbeitsverweigerungen und Fluchten, Akte der Gruppensolidarität und des symbolischen Aufbegehrens wie etwa der selbstbewusste Gang durch die Stadt und das gemeinsame Fotografieren vor dem Dom. Karola Fings weist zwar auf die gelegentliche Unterstützung von Zwangsarbeiter*innen durch Deutsche,

nicht zuletzt Menschen aus der linken Arbeiterbewegung, hin. Im Kern ihres Aufsatzes steht jedoch die Selbstorganisation der Betroffenen.

Das ist auch ein wesentlicher Punkt von Martin Rütters Untersuchung zur Hilfe für verfolgte Jüdinnen und Juden, die frühere Rechercheprojekte der Kölnischen Gesellschaft für Christliche-Jüdische Zusammenarbeit und des Vereins gegen Vergessen und für Demokratie aufgreift und wesentlich erweitert. Die in der Nachkriegszeit, etwa in Entnazifizierungsverfahren, oft imaginierten Hilfeleistungen für jüdische Nachbarn, Geschäftspartner und Bekannte treten bei ihm zurück hinter die Aktivitäten und Initiativen der Betroffenen; anstelle des heroischen „Judenretters“ hat man es hier häufig mit Selbsthilfe und Eigeninitiative der Ausgegrenzten selbst zu tun. Spürbare Unterstützungsversuche aus der Bevölkerung lassen sich vor allem im letzten Kriegsjahr verzeichnen, als sogenannte „jüdische Mischlinge“ und Angehörige von „Mischehen“ zusammengetrieben und aus Köln deportiert wurden. Martin Rütter zeigt, dass gerade jüdisch-nicht jüdische Ehen in den 1940er-Jahren eine wichtige Rolle für die Organisation und Mobilisierung von Hilfeleistungen spielten. Sie waren zunächst weniger hart von Ausgrenzungsmaßnahmen betroffen und verfügten im Vergleich zu anderen als „jüdisch“ Verfolgten über mehr Ressourcen und soziale Kontakte. So kamen etwa Hilfeleistungen aus der katholischen Kirche meist Familien zugute, bei denen einer der Ehepartner oder die Kinder fest mit einer Kirchengemeinde verbunden waren.

Ambivalent sind auch die Befunde im letzten, 5. Band der Widerstandsreihe. In seinem Beitrag „Jugend im Widerstand?“ geht es Martin Rütter zum einen darum, die unangepasste Jugend, die für das Kölner Selbstverständnis inzwischen eine so große Rolle spielt, historisch angemessen und ausgewogen einzuordnen. Zum anderen wirft er einen kontrastierenden Blick auf die konfessionelle und bündische Jugend, die sich angesichts der Kampagnen der NS-Verbände unter Leitung kirchlicher Funktionsträger meist recht rasch in das Rahmenwerk der NS-Herrschaft einordnete. Martin Rütter plädiert auch für eine kritischere Distanz zu zeitgenössischen Wahrnehmungen. Er warnt davor, die von den NS-Instanzen immer wieder betonte Gegnerschaft der katholischen Jugend, die angesichts der „Edelweißpiraten“ entwickelten Bedrohungsszenarien vorschnell zu übernehmen, um daraus das Bild eines jugendgemäßen Widerstands zu konstruieren. Vielmehr zeige sich bei genauerem Hinschauen hinter den Wahrnehmungen des Regimes eine sehr viel breitere Skala von Verhaltensweisen und Einstellungen.

Ähnlich ist es bei regimekritischen Äußerungen, „Heimtücke“, „Wehrkraftzersetzung“, „Rundfunkvergehen“, deren Erforschung für Köln bislang Desiderat war. Der Blick auf die wegen solcher Delikte verurteilten Kölner*innen zeigt einerseits eine durchaus beachtliche kritische Unterströmung in der Gesellschaft, eine gewisse Alltäglichkeit von Unmut, Beschwerden, Schimpfereien, groben Witzen und subversiv wirkenden Äußerungen. Andererseits wird deutlich, dass große Teile der geäußerten Kritik punktuell blieben, egozentrisch, von partikularen Interessen bestimmt, sich in der populistischen Klage über „die da oben“ erschöpften, nicht grundsätzlich gegen das NS-Regime richteten und zum Teil sogar affirmativ auf Versprechungen, Ordnungsvorstellungen oder Feindbilder der NS-Ideologie berief. Äußerungen, die Terror und Gewalt zum Thema machten oder eine Solidarität mit Ausgegrenzten einforderten, waren sogar ausgesprochen selten.

Auffällig ist auch, wie sehr die Verfolgung von Unmut und „Meckerei“ vor allem die unteren Bevölkerungsschichten und randständige Bevölkerungsgruppen traf. Sie standen stärker im Blickfeld von Behörden und Denunzianten, verfügten über weniger private Rückzugsräume und geringeres Sozialkapital. Welche Kritik als „staatsfeindliches Verhalten“ angezeigt und verfolgt wurde, hing somit maßgeblich von Schicht oder Klassenlage, Bildung, Lebenswandel und dem „Wert“ ab, den der/die Betreffende für die „Volksgemeinschaft“ zu haben schien.

Die in den nächsten Jahren erscheinenden Bände stellen schon eine gewisse Ehrung dar für diejenigen, die unter großem Risiko Widerspruch eingelegt haben gegen die NS-Herrschaft. Sie sind aber kein Monument für „den Kölner Widerstand“. Wegen „Hochverrat“, „staatsfeindlichen Verhaltens“ und anderer politischer Delikte abgeurteilt wurden vielleicht 2.000 Personen.* Nähere Bekanntschaft mit der Gestapo dürften mehrere tausend Kölnerinnen und Kölner gemacht haben, vor das Militärgericht kamen über 400 Männer, wegen ihrer politischen Tätigkeit in Konzentrationslager verschleppt wurden nach bisherigen Kenntnissen schätzungsweise 200 – sieht man von Zwangsarbeiter*innen und als „jüdisch“ verfolgten Menschen ab. Die Mehrheit der Kölner*innen blieb also unbehelligt, und das nach 1945 kultivierte Sonderbewusstsein – „in keiner Stadt konnte der Nationalsozialismus weniger Fuß fassen“ – erscheint, auch im Vergleich mit anderen Metropolen, nicht gerechtfertigt.

* Die hier genannten Zahlen basieren auf Schätzungen, die sich aus den Untersuchungen des Widerstandsprojekts ergeben. Eine exaktere Quantifizierung aufgrund des gesammelten Quellenmaterials steht noch aus. Dazu beitragen soll auch der vom NS-DOK geplante Aufbau eines Datenportals zu Kölner NS-Verfolgten.

„Widerstand“ war nicht nur selten, regimekritische Aktivitäten blieben oft auch gegeneinander abgeschottet. Während die sozialmoralischen Milieus zunehmend unter dem Druck der NS-Herrschaft erodierten, blieben gemeinsame Aktionen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Gruppen, wie es die Vorstellung von der „Volksfront gegen Hitler“ will, weitgehend aus. Ulrich Eumann und Martin Rüter weisen zwar auf einzelne Brückenbauer zwischen Sozialdemokratie und KPD und die Bemühungen der sozialistischen Kleingruppen, die langjährigen Konflikte innerhalb der Linken zugunsten einer „Einheitsfront“ zu überwinden. Und mit dem „Komitee der Volksfront“ entstand 1943 eine partei- und milieuübergreifende Initiative zur Beendigung von „Faschismus“ und „Krieg“. Letztlich blieben die gegen das Regime gerichteten Aktivitäten jedoch nicht nur vereinzelt, sondern auch verinselt.

Widerstandsprojekt und Kritik-Ausstellung

Damit kommen wir – zumindest noch kurz – zur Ausstellung „Kritik in der NS-Gesellschaft“. Die im Widerstandsprojekt stets mitgedachte Ausstellung sollte zunächst anders aussehen, im Laufe des Projekts hat sich das Konzept mehrfach verändert. Das hat auch zu tun mit den personellen Veränderungen, die das NS-DOK in den letzten Jahren erfahren hat. Durch neue Mitarbeiter*innen haben sich Interessenschwerpunkte verändert, Perspektiven mehr Gewicht erhalten, die vor allem von den jüngeren Diskussionen um die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ geprägt sind. Betont werden hierbei die Integrationsmechanismen der NS-Gesellschaft, die Beteiligung und Selbstmobilisierung der „Volksgenoss*innen“, die Grauzonen und Übergänge zwischen Inklusion und Exklusion, Unterdrückung, Beteiligung und Selbstermächtigung. Die „Kritik“-Ausstellung stellt einen Versuch dar, die Anregungen aus dieser zentralen wissenschaftlichen Debatte mit der älteren, etwas ins Hintertreffen geratenen Widerstandsforschung zu verbinden. Sie macht gewissermaßen einen Schritt zur Seite. Sie würdigt den Widerspruch gegen das NS-Regime, stellt dies aber nicht in den Mittelpunkt. Sie fragt weniger, mit welchen Mitteln und in welchen Formen Regimekritik organisiert und artikuliert wurde, sondern widmet sich den Wahrnehmungen und Reaktionen der Staats- und Parteiinstanzen sowie den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen über das, was als

Kritik wahrgenommen wurde. Sie wendet sich gegen das immer noch verbreitete Bild einer NS-Gesellschaft, das vor allem „Widerstand und Verfolgung“, die Konfrontation zwischen „Tätern“ und „Opfern“ ins Zentrum rückt, die Arrangements im gesellschaftlichen Mainstream aber eher außer Acht lässt. Und sie möchte deutlich machen, in welchem Maße der Blick auf „Widerstand“ und Verweigerung durch die Diskurse und Anerkennungskämpfe der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft beeinflusst ist.

Die Ausstellung steht nicht im Gegensatz zu den wissenschaftlichen Studien, sie nimmt vielmehr Fallbeispiele, Überlegungen und Erkenntnisse aus der Widerstandsreihe auf. Ihr Anspruch ist jedoch, das Thema noch weiter zu öffnen und zusätzliche Anschlüsse zu schaffen für Forschung und Bildungsarbeit.

Schluss

Der Verein stand am Anfang dieses Vortrags und er soll auch an dessen Ende stehen, verbunden mit einer Danksagung. Vielen Dank also: für die Beschäftigung Ulrich Eumanns und die Unterstützung des NS-DOK, für die aufmunternden Nachfragen nach dem Fortgang des Projekts und eine auch nach 15 Jahren fast ungebrochene Geduld, für eigene Initiativen und Veranstaltungen - und das beständige Interesse an einem Thema, das immer noch nicht „ausgeforscht“ und gesellschaftlich längst nicht erledigt ist.